

## Niederschrift

### über die 16. Sitzung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege im Rhein-Sieg-Kreis vom 18.04.2024

#### Anwesende Mitglieder und Gäste: siehe Liste am Ende

#### Wesentliche Ergebnisse der Sitzung:

##### TOP 1 Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Thiel, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden zur 16. Sitzung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege im Rhein-Sieg-Kreis (KKAP).

Frau Thiel stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung per E-Mail und die Beschlussfähigkeit fest. Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht, demnach wird die Tagesordnung in der vorliegenden Form anerkannt. Die Präsentationen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten werden der Niederschrift bei Versand beigelegt.

##### TOP 2 Anerkennung der Niederschrift der fünfzehnten Sitzung vom 19.10.2023

Einwendungen oder Anmerkungen zur Niederschrift über die fünfzehnte Sitzung der KKAP wurden nicht erhoben. Die Niederschrift ist somit anerkannt.

Es folgt eine kurze Vorstellungsrunde.

##### TOP 3 Entwicklung der pflegerischen Infrastruktur im Rhein-Sieg-Kreis

Frau Lübbert übernimmt das Wort und verweist auf die mit der Einladung versandte Vorlage. Anhand einer Präsentation (Anlage 1) informiert sie über Veränderungen in der Versorgungslandschaft des Rhein-Sieg-Kreises.

##### TOP 4 Beratung und Bedarfseinschätzung von Investitionsvorhaben bei teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen hier: Tagespflegeeinrichtung „Haus am Römerkanal“

Frau Lübbert übernimmt das Wort und verweist auf die mit der Einladung versandte Vorlage. Geplant sei eine Tagespflege und anbieterverantwortete Wohngemeinschaften.

Frau Jacobs ergänzt, dass die Nachfrage nach Tagespflegeplätzen nach dem pandemiebedingten Rückgang wieder gestiegen sei, und geht auf die gute Einbindung des Vorhabens in die Quartiersentwicklung vor Ort ein.

Frau Lübbert erwähnt lobend die Vernetzungsarbeit der Pflegeberatungsstelle in Rheinbach.

Frau Ihrig fragt angesichts der langen Planungsphase nach Hürden bei der Realisierung. Frau Jacobs sind hier keine Hürden bekannt. Vielmehr sei die längere Planungs- und Bauphase des Quartiers vor dem Hintergrund der Projektgröße zu sehen.

Frau Thiel stellt allgemeine Zustimmung fest, was den Bedarf für das Investitionsvorhaben im vorgestellten Rahmen betrifft.

Es wird somit festgestellt, dass die KKAP zu der Einschätzung kommt, dass in Rheinbach Bedarf an entsprechenden Tagespflegeplätzen besteht.

### **TOP 5 Pflegekammer NRW – Aufgaben und aktuelle Themen**

Herr Rötzel, Mitglied der Kammerversammlung der Pflegekammer NRW, präsentiert das Thema. Auf die Präsentation (Anlage 2) wird an dieser Stelle verwiesen.

Herr Rötzel hebt im Anschluss an den Vortrag die themenbezogenen Ausschüsse der Pflegekammer NRW hervor. Der Bildungsausschuss arbeite an einer Stellungnahme zur generalistischen Pflegeausbildung. Ein Ausschuss für die Langzeitpflege ist in Gründung. Herr Rötzel ist diesbezüglich an Positionierungen aus den Reihen der KKAP Mitglieder interessiert und steht als Ansprechpartner zur Verfügung.

Frau König fragt nach dem Anteil der Pflegekräfte, die Mitglied in der Pflegekammer sind.

Herr Rötzel führt aus, dass grundsätzlich alle etwa 220 000 Pflegefachkräfte Mitglieder sind, die Zahl derzeit aber noch nicht exakt zu bestimmen sei, da ein entsprechendes Berufsregister bislang fehlte. Dabei seien ca. 60-65 Prozent der Pflegefachkräfte bereits registrierte Mitglieder.

Des Weiteren erkundigt sich Frau König, wer im Dreiklang Berufsverbände, Gewerkschaften und Kammer zuständig sei, das Berufsbild Pflege trägerübergreifend attraktiver zu machen.

Herr Rötzel sieht hier alle Akteure zentral beteiligt: die Gewerkschaften seien für die Tarife und der Gesetzgeber für die Umsetzung der Tarifverträge zuständig, die Verbände seien mit der Beratung und in der aktiven Gestaltung der Fort- und Weiterbildung beteiligt und die Pflegekammer könne das Vorhaben institutionell umsetzen. Ein Beispiel sei die erfolgte Aufwertung der Pflege vom Heilhilfsberuf zum Heilberuf. Es sei somit wichtig, dass Berufsverbände und Gewerkschaften in der Kammerversammlung vertreten seien.

Frau Klein fragt, in wie weit die Pflegeschulen in der Pflegekammer vertreten seien und mit welcher Gewichtung.

Herr Rötzel führt an, dass die Pflegeschulen zum einen durch die Pflegefachkräfte in der Kammer, zum anderen aber auch explizit im Bildungsausschuss vertreten seien.

Frau Ruiters erkundigt sich nach der Höhe der Kosten der Mitgliedschaft.

Herr Rötzel führt an, dass aktuell die Kosten über eine Anschubfinanzierung des MAGS gedeckt seien und im Anschluss die Finanzierung über Dienstleistungen und Beiträge geplant sei. Er geht dabei von einem einstelligen Mitgliedsbeitrag aus.

## **TOP 6 Energiemangellage und Krisenkonzepte in der ambulanten Pflege**

Es wird auf die mit der Einladung versandten Vorlagen verwiesen.

Frau Thiel begrüßt zu diesem Top Herrn Freier, den Leiter des Amtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz des Rhein-Sieg-Kreises und übergibt das Wort an Herrn Klippel, der das Thema für die Tagesordnung angemeldet hat.

Herr Klippel erläutert sein Ansinnen, bei den Mitgliedern der KKAP für mögliche Gefahrenlagen zu sensibilisieren. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das GVWG (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz), dass die Krisenvorsorge in § 113 SGB XI gesetzlich verankert habe und seit 2022 für die Träger verpflichtend festlege, ein entsprechendes Krisenkonzept vorzuhalten, um im Krisenfall handlungsfähig zu sein.

Herr Klippel erwähnt in diesem Zusammenhang lobend die Gesprächsbereitschaft des Kreises für das Thema Krisenprävention in der stationären Versorgung. Die KKAP sieht er als Rahmen, um den Blick auch auf den ambulanten Bereich zu richten: Auf welche Schwierigkeiten stoße die ambulante Pflege, wenn eine länger andauernde Energiemangellage eintritt?

Herr Klippel verweist an dieser Stelle auf die entsprechenden Handreichungen der BVAG zum Thema [Anmerkung der Schriftführung: die Handreichung kann unter <https://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/publikationen/detail/vorbereitung-auf-und-bewaeltigung-von-krisen-und-katastrophen-fuer-ambulante-pflegeeinrichtungen-und-tageseinrichtungen> abgerufen werden].

Zu klären sei, in wie weit die ambulante Pflege mit ihren Konzepten auf die Herausforderungen eingestellt sei und wie hier gemeinsam agiert werden könne. Rollen und Zuständigkeiten zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen einerseits sowie der Träger und Einrichtungen andererseits seien in diesem Zusammenhang zu klären. Eine entsprechende Themensammlung könne in weitere Gespräche einfließen, etwa in die bereits geplante Runde mit Kreis und kreisangehörigen Kommunen, die die Sensibilisierung für das Thema Krisenvorsorge auf die Tagesordnung bringen wolle. Ziel könne sein, etwa über entsprechende Runde Tische Transparenz zu schaffen, wo spezifische Risiken lägen und welche Maßnahmen möglich seien.

Frau Thiel dankt für die Einführung und fragt, ob es im Bereich der ambulanten Pflege bereits Konzepte gebe, über die an dieser Stelle berichtet werden könne.

Herr Freier lobt die konstruktiven Gespräche in der Vergangenheit und ergänzt den Aspekt der Verfügbarkeit der Personalressourcen im Krisenfall. Er führt aus, dass in einer Krisensituation ab 24 Stunden damit zu rechnen sei, dass mindestens 50 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, etwa aufgrund eigener Betroffenheit, nicht zur Verfügung stünden.

Herr Rötzel berichtet von entsprechenden Personalausfallplänen, die auch bei Grippe-Wellen o.ä. zum Einsatz kommen. Der Seniorendienst Rötzel setze zusätzlich auf Elektrofahrzeuge in Kombination mit Photovoltaikkapazitäten. Hier sei er zuversichtlich, in Bezug auf die Mobilität Energieautarkie zu schaffen.

Herr Sommer berichtet von den Erfahrungen aus der Flutkatastrophe 2021. Hier waren mehrere Fahrzeuge der Flotte unbrauchbar geworden. Im Nachgang seien konkrete Maßnahmen umgesetzt worden. So seien etwa Notstromaggregate für Intensivpflichtige Wohngemeinschaften beschafft worden. Er hebt die gute Zusammenarbeit mit der Feuerwehr in Rheinbach bei der Aktualisierung und Prüfung der Notfallkonzepte hervor. Grundsätzlich werde bei den Krisenkonzepten in der ambulanten Versorgung eine Typisierung vorgenommen: rot signalisiere eine zwingend erforderliche Versorgung durch den Dienst, gelb stehe für eine dringliche Versorgung, grün dafür, dass pflegende Angehörige in der Nähe seien, die die Versorgung im Notfall übernehmen können.

Herr Freier bestätigt das große Engagement von Rheinbach und die herausragenden Konzepte. Dies könnte als Blaupause dienen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Katastrophenschutz-Leuchttürme nicht die Aufgabe übernehmen könnten, im Krisenfall als allgemeine Anlaufstelle zu dienen. Teilweise seien diese bei den Feuerwehren angesiedelt, wo gleichzeitig die Einsatzbereitschaft sicherstellt werden müsse. Die Leuchttürme hätten grundsätzlich die Funktion, Bürgerinnen und Bürgern als Anlaufstelle in Notsituationen zu dienen, etwa um Notrufe an die Rettungsleitstelle weiterzugeben.

Frau Thiel fragt nach weiteren Unterstützungsbedarfen.

Herr Sommer merkt an, dass es, neben der Verpflichtung zur Erstellung und Implementierung entsprechender Krisenkonzepte, nun gelte, diese im Bewusstsein zu halten. Stromausfälle über einen längeren Zeitraum oder größere geographische Räume hinweg seien Krisenlagen, die für die ambulanten Dienste nicht zu stemmen seien.

Frau Jacobs betont, dass es bei der Entwicklung der Krisenkonzepte einen guten Austausch der Pflegedienste vor Ort gegeben habe und empfiehlt die Vernetzung der Akteure auf lokaler Ebene. Schon die Kenntnis der Kontaktdaten sei hier im Krisenfall sehr hilfreich. Bei einer Bombenentschärfung etwa hätte die Zusammenarbeit der Akteure die schnelle Evakuierung ermöglicht.

Die Kombination mit einer vollstationären Einrichtung habe in der Krisensituation die Versorgung erleichtert, da so beispielsweise ein Notstromaggregat zur Verfügung gestanden habe.

Frau Jacobs hebt die Vertrauensarbeitszeit hervor, die nach der Flut für längere Zeit gegolten habe und sich vor allem auch angesichts der persönlichen Betroffenheit vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als gute Lösung erwiesen habe. Durch das Konzept des Pflegedienstes, dass auf eine ortsnahe Versorgung ausgelegt ist, bei dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur zu Fuß unterwegs sind, waren Probleme etwa bzgl. der Erreichbarkeit der Klientinnen und Klienten vermieden worden. Die Priorisierung der Klientinnen und Klienten sei 2021 ebenfalls Teil des Krisenkonzeptes gewesen.

Frau Thiel verweist auf die unterschiedlichen Herausforderungen im städtischen und im ländlichen Raum.

Frau Ihrig regt an, die Kommunen aufzufordern ihre Konzepte, die in Bezug auf eine Energiemangellage ganz allgemein bestehen, zu prüfen, da hier deutlich werde, dass ein großer Bedarf bestehe.

Herr Freier hebt hervor, dass ein ständiger Austausch mit den Kommunen bestehe. Ein Arbeitskreis der zuständigen Kolleginnen und Kollegen des Bevölkerungsschutzes in den Kommunen komme zweimal jährlich zusammen. Herr Freier regt an, nach entsprechender Abstimmung, beim nächsten Treffen die Vorstellung eines guten Konzeptes aus dem ambulanten Bereich vorzusehen. Auch mit den Feuerwehren gebe es einen regelmäßigen Austausch. Er weist darauf hin, dass alle Kommunen über entsprechende Konzepte verfügten und es neben Rheinbach auch andere Beispiele für gute Konzepte gebe. Manche Kommunen hätten dabei, wie beispielsweise Siegburg oder Sankt Augustin, besondere Bedarfe wie etwa Krankenhäuser oder Dialysestationen zu berücksichtigen. Für das Kreisgebiet sei zusammen mit einem externen Dienstleister eine Risikoanalyse Strom erstellt worden, die derzeit finalisiert werde.

Frau Ihrig verleiht der Sorge Ausdruck, das einmal erstellte Konzepte nicht weiterverfolgt würden.

Herr Freier betont, dass nicht alle Konzepte für alle Krisen- und Katastrophenszenarien zeitgleich aufgebaut werden könnten, seit der Flutkatastrophe aber unter seiner Leitung verschiedenste Konzepte geübt worden seien, um das entsprechende Wissen präsent zu machen.

Frau Thiel wendet sich mit der Frage an die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, ob Kommunen, Einrichtungen und Dienste bereits in den gemeinsamen Austausch gegangen seien.

Frau König fragt wie weit im Kreis die Kenntnis über Einrichtungen und Dienste sowie deren jeweils aktuelle Belegungssituation reiche.

Herr Freier beantwortet die Frage für den Kreis. Das Amt für Katastrophenschutz kenne die jeweiligen Einrichtungen und die Zahl der Plätze sowie die Dienste namentlich, aber nicht in Bezug auf die aktuelle Belegung und die Struktur der zu Versorgenden bzw. deren Priorisierung. Dies sei mit vertretbarem Aufwand nicht zu erreichen.

Frau Ruiters erkundigt sich nach dem Informationswert der Datenbank pfAD.wtg.

Herr Freier berichtet, dass, was die stationären Einrichtungen angehe, regelmäßig entsprechende Zahlen auf der Basis von pfAD.wtg durch das Kreissozialamt und die Einrichtungen übermittelt würden. Diese fließen dann in den digitalen Katastrophenplan ein. Über die Zahl der ambulant versorgten Menschen fehle der Überblick.

Frau Hanke bestätigt auf Nachfrage von Frau Thiel für Troisdorf die Informationslage, wie durch Herrn Freier skizziert. Informationen über spezifische Bedarfe der ambulant Versorgten seien theoretisch nur über die Kranken- und Pflegekassen verfügbar. Für den Krisenfall wäre dann eine entsprechende Informationsweitergabe zu prüfen. Als weitere Überlegung führt Frau Hanke an, dass eine Aufteilung der Bezirke auf bestimmte Pflegedienste die Problematik der Erreichbarkeit im Krisenfall entschärfen könne. Zum Austausch auf kommunaler Ebene könne sie aufgrund der Zuständigkeiten nichts sagen.

Herr Walter berichtet aus Hennef, dass die dortige Krisenkonzeption ausschließlich auf die Kommunikation ausgelegt sei. Leuchttürme seien mit Notstromaggregaten und Starlink-Telefonen ausgestattet worden, um den Kontakt zu den Leitstellen zu sichern. Außerdem habe sich die Stadt bei einem Treibstofflager eingekauft, um die Feuerwehr zu versorgen. Die Stadt stehe ausschließlich als Kommunikationspartner zur Verfügung. Es gäbe darüber hinaus keine Möglichkeit der Versorgung von Einrichtungen oder Diensten. In Hennef sei das Thema seines Wissens schon einmal auf der Tagesordnung des Arbeitskreises Pflege gewesen, in dessen Rahmen sich lokale Akteure unter Koordination der Stabsstelle Älterwerden regelmäßig austauschten.

Frau Thiel unterstreicht das Potential, das Thema in diesem Rahmen aufzugreifen.

Herr Schneider ergänzt zu den Informationen, dass die Pflegekassen zwar über Informationen zu Hilfsmittelversorgung der Versicherten verfügten, nicht jedoch über deren häusliche Situation. Die häusliche Situation sei jedoch wesentlich für die Einschätzung der jeweiligen Bedarfe im Krisenfall. Es bestünde bei den Kassen keine Grundlage, auf der personenbezogene Daten zur Inanspruchnahme weitergegeben werden könnten. Zu prüfen seien evtl. Informationen der Versorger im Hinblick auf besondere Bedarfe bestimmter Haushalte etwa im Zusammenhang mit Dialysepatienten, die eine Heimdialyse durchführten.

Herr Freier bestätigt den ständigen Austausch mit den Netzbetreibern im Rahmen des Bevölkerungsschutzes, bezweifelt aber die Verfügbarkeit von Informationen in entspre-

chender Detailtiefe bezogen auf einzelne Haushalte. Regional begrenzte Blackouts ließen sich durch die kommunale Gemeinschaft und die Netzbetreiber gut auffangen, Anzeichen für einen großflächigen Blackout sähen die Netzbetreiber derzeit nicht.

Frau Ihrig spricht Hausärztinnen und -ärzte als wichtige Informationsträger an, die im Krisenfall Verantwortung übernehmen könnten.

Herr Rötzel verweist auf die Vielfalt der Kranken- und Pflegekassen und der damit verbundenen Probleme, jenseits des Themas Datenschutz, an die gesuchten Informationen zu kommen. Ein Anruf bei den Einrichtungen könne die gefragte Information liefern.

Herr Freier sieht dies als nicht umsetzbar an.

Herr Sommer hebt die Bedeutung der Sensibilisierung für eine entsprechende Selbstversorgung – etwa mit Notstromaggregaten – seitens der Patientinnen und Patienten hervor. Einer regionalen Aufteilung der Patientinnen und Patienten im Rahmen eines Krisenkonzeptes stünden Probleme bei der Medikamentenversorgung und dem Datenschutz entgegen.

Herr Klippel zeigt sich erfreut über den lebendigen Austausch. Er weist auf die Bedeutung der Kommunikationsstrukturen hin: Es gelte zu klären, was sinnvoll und möglich sei und was nicht.

Frau Thiel hält Netzwerkarbeit, Selbsthilfe und Kommunikation als wesentliche Stichpunkte aus der Diskussion fest und hebt den Vorschlag hervor, Konzepte der ambulanten Dienste im Rahmen des Austausches der Kommunen vorzustellen.

Herr Freier erachtet in diesem Zusammenhang eine Vorstellung zusammen mit den beteiligten kommunalen Akteuren als besonders sinnvoll.

Frau Thiel merkt abschließend einen entsprechenden Berichtspunkt für die kommende Sitzung der KKAP vor.

## TOP 7 Senioren- und Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis: Sachstand und Statistik 2023

Frau Ahles präsentiert das Thema. Auf die Präsentation (Anlage 1) wird an dieser Stelle verwiesen.

Frau König würdigt die Arbeit aller Pflegeberatungen und deren Vernetzung. Sie weist in diesem Zusammenhang auch auf die Wohnraumberatung hin, die die Arbeiterwohlfahrt für den Rhein-Sieg-Kreis durchführe, und die oft die qualitative Voraussetzung für den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit darstelle. Als Beispiel für die gute Vernetzung führt sie einen gemeinsamen Beratungstag in der kommunalen Senioren- und Pflegeberatungsstelle in Siegburg an.

Frau König erkundigt sich, ob Eltern mit pflegebedürftigen Kindern zur Zielgruppe der Beratungen gehörten und in welchem Umfang hier eine Beratung stattfindet bzw. welche anderen Akteure hier berieten. Des Weiteren fragt sie, wie niedrigschwellige Angebote zur präventiven Beratung ausgeweitet werden könnten und ob Hausärzten, Apotheken und Unternehmen in diesem Zusammenhang eine Rolle zukommen könnte.

Frau Ahles erläutert, dass die Beratung von Eltern mit pflegebedürftigen Kindern bislang vereinzelt stattfände und diese sich meist an andere Beratungsstellen wendeten. Sie bestätigt darüber hinaus die begrenzten Handlungsspielräume bei bereits eingetretener Pflegebedürftigkeit. Der Anteil präventiver Beratungsgespräche betrage derzeit kreisweit etwa 20 Prozent. Es gebe gute Erfahrungen mit schriftlichen Beratungsangeboten, die sich direkt an Seniorinnen und Senioren richteten. In Troisdorf, Sankt Augustin und Königswinter etwa erhielten Bürgerinnen und Bürger ab einem gewissen Alter ein Schreiben des Bürgermeisters mit einem Beratungsangebot der jeweiligen kommunalen Senioren- und Pflegeberatungsstelle. Hierbei werde auch auf die Möglichkeit einer Beratung im Rahmen eines Hausbesuchs hingewiesen.

Frau Gasper führt die Tatsache, dass die Hospizversorgung 2023 in der kommunalen Senioren- und Pflegeberatung nur selten als zentrales Beratungsanliegen genannt wurde, auf die Begrifflichkeit zurück, die viele Menschen mit der Versorgung in der Sterbephase gleichsetzen würden. Aus der Erfahrung des Netzwerkes für Hospiz- und Palliativversorgung Bonn/Rhein-Sieg heraus könne sie berichten, dass der tatsächliche Beratungsbedarf deutlich höher läge.

Herr Schneider verweist auf die Pflegeberaterinnen und -berater und das Angebot der Patientenbegleitung der AOK in Siegburg. Weiter berichtet er von dem fruchtbaren Austausch mit den Selbsthilfegruppen im Bereich Palliativmedizin in Bonn. Dies könnte auch für den Rhein-Sieg-Kreis ein geeignetes Format sein.



### TOP 8 Verschiedenes

Frau Thiel verabschiedet die Abteilungsleiterin Frau Lübbert in den Ruhestand und dankt ihr für das langjährige und außerordentliche Engagement im Rahmen der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege.

Frau Thiel verweist auf die nächste Sitzung der KKAP am **Donnerstag, den 07.11.2024 um 14:00 Uhr**, bedankt sich bei den Anwesenden für die Teilnahme und schließt die 16. Sitzung der KKAP.



Ursula Thiel  
(Vorsitzende)



Lisa Ahles  
(Schriftführung)

**Teilnahme:**

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>
<b>Rhein-Sieg-Kreis:</b> Dezernat II Kreissozialamt  Kommunales Integrationszentrum	Frau Thiel (Vorsitz) Herr Grünhage (Geschäftsführung) Frau Lübbert Frau Farshi
<b>Kreisangehörige Städte und Gemeinden:</b> Stadt Troisdorf Stadt Hennef	Frau Hanke Herr Walter
<b>Ambulante Pflegeeinrichtungen privatgewerblich:</b> Seniorendienste Rötzel <b>Ambulante Pflegeeinrichtungen freigemeinnützig:</b> Ambulanter Pflegedienst Haus am Römerkanal Rheinbach	Herr Rötzel  Frau Jacobs
<b>Stationäre Pflegeeinrichtungen privatgewerblich:</b> Schloss Merten	Herr de Schrevel
<b>Kommunale Seniorenvertretungen:</b> Seniorenvertretung Lohmar	Herr Karad
<b>Pflegeversicherung:</b> AOK Rheinland/Hamburg Compass private Pflegeberatung	Herr Schneider Frau Gertz
<b>Medizinische Dienste:</b> Medizinischer Dienst Nordrhein	Frau Riettmann
<b>AG der Freien Wohlfahrtspflege:</b> Arbeiterwohlfahrt (AWO) Caritas	Frau König Herr Klippel
<b>Fraktionen im Kreistag:</b> CDU-Kreistagsfraktion SPD-Kreistagsfraktion Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN FDP-Kreistagsfraktion	Frau Ruiters Herr Schmitz Herr Haacke Frau Ihrig
<b>weitere Mitglieder:</b> WBS Schulen Troisdorf Netzwerk Hospiz- und Palliativversorgung Bonn/Rhein-Sieg	Frau Klein Frau Gasper

**Gäste:**

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>
Amt für Bevölkerungsschutz	Herr Freier
Rhein-Sieg-Kreis, Kreissozialamt	Frau Uhlig
	Frau Ahles
Kreis der Helfer	Frau Ableidinger
Pflegeteam Wentland	Herr Sommer
Justizvollzugsanstalt Rheinbach	Frau Tamer

**entschuldigt:**

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>
AWO-Alfred-Delp Troisdorf	Frau Schloms
Kommunales Integrationszentrum	Frau Dinstühler
SPZ Meckenheim	Frau Brand
SPZ Troisdorf	Frau Spottig
Selbsthilfe-Kontaktstelle Rhein-Sieg-Kreis	Frau Felderhoff
Hospiznetzwerk Bonn-Rhein/Sieg	Herr van Üüm
Pflegeteam Wentland	Frau Sommer
Regionalbüro Alter Pflege und Demenz	Frau Türke
Rhein-Sieg-Kreis, Dezernat 5	Herr Dr. Rudersdorf